



Pressemitteilung

Hessen geben Bildungssystem schlechte Note – Befragte wollen Strukturwandel im Bildungssystem und monieren mangelnden Reformwillen

10.300 Teilnehmer aus Hessen bei der bislang größten Bildungsumfrage – Starke Kritik am Bildungsföderalismus – Mehrheit für Ganztagschulen, längeres gemeinsames Lernen, Ausbildungsgarantie und höhere Steuern für die Bildung

Gütersloh/ München, Juli 2011 – Die hessischen Teilnehmer der bislang größten Bildungsumfrage in der Bundesrepublik sind unzufrieden mit dem deutschen Bildungswesen und wünschen sich tiefgreifende Veränderungen. Fast drei Viertel von ihnen sind bereit, für ein besseres Bildungssystem höhere Steuern zu zahlen. Das geht aus der regionalen Auswertung der Bürgerbefragung „Zukunft durch Bildung – Deutschland will’s wissen“ hervor, die jetzt vorliegt. Fast eine halbe Million Menschen hatte im März bei der deutschlandweiten Online-Umfrage mitgemacht, die von der Strategieberatung Roland Berger Strategy Consultants, der Bertelsmann Stiftung sowie den Tageszeitungen BILD und Hürriyet initiiert worden war. 130.000 von ihnen füllten den umfangreichen Fragebogen komplett aus, darunter rund 10.300 aus Hessen.

Kritik entzündet sich unter den Befragten aus Hessen vor allem am Bildungsföderalismus. Zugleich ist eine überwältigende Mehrheit der Ansicht, der Politik fehle es beim Thema Bildung an Mut zur Veränderung. Die hessischen Teilnehmer sprechen sich mehrheitlich für das gemeinsame Lernen über die vierte Klasse hinaus und für eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz aus. Das bevorzugte Schulmodell ist die Ganztagschule. Nach Ansicht der Befragten aus Hessen sollten Kita- und Schulbesuch kostenfrei sein, eine knappe Mehrheit ist für Studiengebühren.

Die hessischen Umfrage-Ergebnisse im Überblick:

Wie in Deutschland insgesamt ist auch in Hessen die Unzufriedenheit mit dem Bildungssystem sehr groß. Die Umfrageteilnehmer aus Hessen – vor allem Menschen mit hohem Bildungsabschluss und starkem Interesse an Bildungsthemen – geben dem Bildungssystem im Schnitt die Note 3,7 – das entspricht dem Ergebnis auf nationaler Ebene.

Mehr Einheitlichkeit im deutschen Bildungswesen

Den Föderalismus im Bildungswesen sehen die meisten Befragten aus Hessen kritisch: nur rund 17 Prozent glauben, dass die Konkurrenz zwischen den Bundesländern für eine höhere Qualität im Bildungswesen sorgt. Neun von zehn Teilnehmern aus Hessen fordern einheitliche Abschlussprüfungen in allen Bundesländern.

Strukturwandel nötig: Längeres gemeinsames Lernen, mehr Ganztagschulen, Ausbildungsplatzgarantie

Die Befragten aus Hessen sind mehrheitlich für längeres gemeinsames Lernen: Rund 35 Prozent befürworten die bisherige Aufteilung der Schüler nach der vierten Klasse, fast 44 Prozent wünschen sich eine Aufteilung der Schüler nach der sechsten Klasse, rund 21 Prozent votieren für ein gemeinsames Lernen bis zum Ende der Sekundarstufe I. Wie in Deutschland insgesamt ist auch unter den hessischen Befragten die Ganztagschule das bevorzugte Schulmodell: Gut 38 Prozent wünschen sich die freiwillige Ganztagschule, rund 47 Prozent die verbindliche Ganztagschule. Für die Beibehaltung der Halbtagschule votieren in Hessen nur gut 15 Prozent und damit fast vier Prozentpunkte weniger als im bundesweiten Durchschnitt. Nur gut ein Fünftel der hessischen Teilnehmer – und damit fast 3 Prozentpunkte weniger als im bundesdeutschen Schnitt – ist davon überzeugt, dass ein Hauptschulabschluss ausreicht, um in der Gesellschaft zurechtzukommen. Zwei Drittel der hessischen Teilnehmer fordern eine Ausbildungsplatzgarantie.

Skepsis gegenüber umfassender Inklusion

Große Zustimmung findet unter den Befragten in Hessen das gemeinsame Lernen von körperlich behinderten und nicht behinderten Kindern. Neun von zehn Befragten in Hessen befürworten dies. Bei der Inklusion geistig behinderter und verhaltensauffälliger Kinder ist die Zurückhaltung unter den hessischen Befragten ähnlich ausgeprägt wie in den bundesweiten Ergebnissen: Knapp 28 Prozent sprechen sich für das gemeinsame Lernen mit geistig behinderten Kinder aus. Rund 49 Prozent votieren für das gemeinsame Lernen mit verhaltensauffälligen Kindern.

Mehr Geld für gute Bildung

Fast 74 Prozent der Befragten in Hessen sind bereit, höhere Steuern für die Bildung zu zahlen. Die Mehrheit der hessischen Umfrageteilnehmer fordert kostenfreie Plätze in Krippen und Kindertagesstätten (fast zwei Drittel) sowie weiterhin eine kostenfreie Schulbildung (rund 86 Prozent). Studiengebühren hingegen akzeptiert eine knappe Mehrheit (52,5 Prozent), wobei sich der weitaus größte Teil davon für einkommensabhängige Gebühren ausspricht.

Knappe Mehrheit für bessere Ausstattung von Schulen in Problemvierteln

Mehr als die Hälfte der Befragten in Hessen wünscht sich mehr Fairness im Schulsystem durch eine bedarfsgerechte Verteilung der Mittel: Gut 53 Prozent sprechen sich dafür aus, Schulen in Problemvierteln besser auszustatten als andere.

Mangelnde Reformbereitschaft der Politik

Der Politik trauen die hessischen Befragten nur wenig Reformbereitschaft zu. Nur etwa jeder Fünfte bescheinigt den Politikern einen großen oder sehr großen Veränderungswillen im Bildungswesen. Dagegen schneiden Lehrer deutlich besser ab: Ihnen billigt eine Mehrheit der Befragten in Hessen (rund 54 Prozent) den Mut zur Veränderung zu.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das:

Projektbüro bildung2011.de
Mies-van-der Rohe-Straße 6
80807 München
Tel. +49 89 9230-9111
info@bildung2011.de
www.bildung2011.de

Informationen zur Umfrage:

Die große Bürgerbefragung "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" basiert auf dem Prinzip des Volksentscheides: Jeder konnte mitmachen. Die Umfrage ist nicht repräsentativ. Um möglichst alle Teile der Bevölkerung zu erreichen, gab es den Fragebogen in den Sprachen Deutsch, Türkisch und Russisch. Im Befragungszeitraum vom 14. Februar bis zum 9. März haben sich 480.000 Menschen beteiligt, von denen rund 130.000 den kompletten Fragebogen beantwortet haben. Rund 10.300 dieser Befragten kamen aus Hessen. "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" ist somit nach der Teilnehmerzahl die größte Umfrage zum Thema Bildung, die es je in Deutschland gab. Die Teilnahme im Internet unter www.bildung2011.de war freiwillig und anonym. Die rund 30 Fragen befassten sich mit allen Facetten des Bildungssystems vom Kindergarten bis zur beruflichen Weiterbildung.

Das renommierte Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest war für die Durchführung der Bürgerbefragung verantwortlich. Der Fragebogen wurde von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit anerkannten Bildungsexperten erstellt. Anschließend wurde er von TNS Infratest in einem Vortest auf Aussagekraft, Verständlichkeit und Funktionsfähigkeit überprüft.

Initiiert und umgesetzt wurde die Umfrage "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" von der Strategieberatung Roland Berger Strategy Consultants, der gemeinnützigen Bertelsmann Stiftung, der BILD als Deutschlands größter Tageszeitung sowie der türkischsprachigen Zeitung Hürriyet. Als Partner im Onlinebereich unterstützten die Agentur Revolvermänner GmbH, die Portale WEB.DE und GMX sowie die VZ-Netzwerke die Initiatoren.

Informationen zu den Initiatoren:

Roland Berger Strategy Consultants ist die einzige der globalen Strategieberatungen mit europäischen Wurzeln und Werten. Sie engagiert sich deshalb in Pro-bono-Projekten für Unternehmen und den Staat und hat darüber hinaus die Bildungsumfrage initiiert. Dass Bildung die Basis einer funktionierenden Wirtschaft ist, hat der Gründer Roland Berger schon früh erkannt und die Roland Berger Stiftung ins Leben gerufen, die unter anderem ein Stipendienprogramm zur Förderung chancengerechter Bildung aufgelegt hat. Die Strategieberater sind verantwortlich für das Projekt- und Eventmanagement sowie die Prozesssteuerung der Initiative.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für das Gemeinwohl ein. Sie engagiert sich in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit sowie internationale Verständigung und fördert das friedliche Miteinander der Kulturen. Durch ihr gesellschaftliches Engagement will sie alle Bürger ermutigen, sich ebenfalls für das Gemeinwohl zu engagieren. Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete gemeinnützige Einrichtung hält die Mehrheit der Kapitalanteile der Bertelsmann AG. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet operativ und ist unabhängig vom Unternehmen sowie parteipolitisch neutral. Die Stiftung war federführend bei der Entwicklung des Fragebogens.

BILD ist mit täglich rund drei Millionen verkauften Exemplaren (IVW) Europas größte Tageszeitung. Tag für Tag erreicht BILD Millionen Leser aus allen Bildungsschichten, vom Hauptschüler bis zum Akademiker. Mit täglich mehr als 12 Millionen Lesern der Printausgabe (Media-Analyse) und weiteren fast 12 Millionen Online-Nutzern von BILD.de pro Monat (AGOF) ist BILD das einzige Medium in Deutschland, das derart hohe Reichweiten über alle Zielgruppen liefert. BILD berichtet in mehr als 30 Regional- und Lokalausgaben.

Hürriyet ist die größte türkischsprachige Tageszeitung in Europa. Ein bedeutender Teil der im Ausland lebenden Türken erhält durch diese Zeitung aktuelle Nachrichten und Informationen. Mit Berichten aus Wirtschaft, Politik, Sport und Kultur in der Muttersprache deckt Hürriyet sowohl den Informationsbedarf der ersten und der zweiten türkischen Generation in Deutschland als auch die Bedürfnisse der jungen Generation ab. Hürriyet vermittelt nicht nur Nachrichten aus der Heimat, sondern trägt erheblich zur Integration, zur Problemlösung und zur Wissensvermittlung an die Türken in den jeweiligen europäischen Ländern bei. Die Zeitung erscheint sieben Tage die Woche und hat auch eine Online-Ausgabe für die Leser in Europa: www.hurriyet.de